

Herr Finke nimmt zur Kenntnis, dass die bisherigen Fördermittel bis zum Jahr 2017 gebunden sind. Er fragt, wie die zusätzlichen Mittel in Höhe von 200 Mio. € verwendet werden, die sich aufgrund der Veränderung der Länderanteile ergibt. Die Verwaltung führt hierzu aus, dass die Information des Nahverkehrs Rheinland (NVR) so verstanden wurde, dass die erhöhten Mittel für den sogenannten Maßnahmenüberhang verwendet werden. Sie sagt zu, dies noch einmal konkret nachzufragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach telefonischer Auskunft von Herrn Fritsch (NVR) vom 28.11.2014 ist die Veränderung der Länderanteile daran gekoppelt, dass der Bund insgesamt die Mittel so erhöht, dass die ostdeutschen Bundesländer durch die Verschiebung der Länderanteile nicht schlechter gestellt sind als derzeit. Im Bundeshaushalt für 2015 ist bisher keine Erhöhung beschlossen. Aktuell wird eine Gesetzesinitiative über den Bundesrat verfolgt.

Als weitere Information wird die Drucksache 557/14 des Bundesrates vom 13.11.2014 der Niederschrift beigelegt.